

Deutschland.

[Die Noth in der Provinz Preußen.] Der „Staats-Anz.“ schreibt: Um den nothleidenden Landestheilen der Provinz Preußen,

möglich sei, Opfer zu bringen, wenn auch nur vorübergehend. Die Verbesserung würde Erschütterungen im Lande erregen, aus dem Volke selbst herwachsende oder künstlich erzeugte, und er wisse nicht, ob die Reaction käftig genug wäre, solchen Erschütterungen die Spitze zu bieten. — Fürst Karl Edmundeitell will nie und nimmer dem Vertrage seine Zustimmung geben. Wir haben die Hand zur Versöhnung geboten, ruft er, und find bis zum Außersichgehen gegangen, noch weiter aber können wir nicht geben. Wenn wir das Beto nicht erreichen konnten, auch für ganz Süddeutschland nicht, so ist es klar, was man in Berlin will: das wir auf der schiefen Ebene, auf der wir uns befinden, hinunterrollen, ganz hinunterrollen. Das Beto, wenn wir es erhalten hätten, würde sagen, daß wir bei unserer Souveränität, unserer Selbstständigkeit stehen bleiben wollen. Das aber will Preußen nicht, sondern es will, daß wir mürbe werden und ihm früher oder später zufließen. Ich sehe aber nicht ein, warum wir uns jetzt ohne äußeren Zwang an Preußen gewissermaßen sollen. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß wir ein schweres Unrecht gegen Bayern und Deutschland begehen, wenn wir das sagen. Warum uns überstürzen? Glauben Sie, daß Preußen das Opfer unserer Selbstständigkeit nicht auch nach sechs Monaten annehmen werde? Sollten wir die Würtemberger, die bereit sind (waren) den Vertrag zu verbessern, sitzen lassen? Man weist auf Ururuben hin, die im Lande entstehen könnten. Wenn wir auf Revolutionsdrohung hin nachgeben, so erklären wir, daß wir hier zu gar nichts sitzen, sondern daß die Revolution bereits das Regiment hat und die Kammern immer bloß Ja zu sagen haben. Wir erklären die Revolution für souverän! — Conscriptorial-Präsident v. Harlek fürchtet weder die Revolution von oben, noch von unten; lediglich die wohlverstandenen Interessen des Landes bewegen ihn, Ja zu sagen. Damit war die kurze Discussion zu Ende. — Bei der namentlichen Abstimmung stimmten 35 Reichsthefte für und 13 gegen die Verträge, welche somit angenommen sind. Gesandte v. Schert (München) und Deinlein (Bamberg), der Bischof Dinkelofenberg, Graf Arco-Valley, Freiherr v. Frantenstein, Freiherr v. Bonikau, Reichsrath Karl Aretin und Professor v. Bayer.

Provinzial - Zeitung.

△ Breslau, 3. November. [Die Wählerversammlung], welche von der nationalliberalen Partei gestern Abend in den Weichsallaufen besetzt worden und in welcher Herr Affessor Laster erschienen war, war von circa 3000 Personen besucht; alle Räume des großen Saales waren gefüllt. Herr Rechtsanwalt Lent eröffnete dieselbe im Auftrage des Comites der Nationalliberalen: Die frühere Versammlung habe verschiedene Candidaturen besprochen, man war der Ansicht, daß die damalige Auffstellung von Candidaten nur als Vorschläge für die Wahlmännerversammlung zu betrachten seien. Das Comité ging von der Ansicht aus, daß es nicht seine Sache sei, bestimmte Candidaten aufzustellen, an welche die Wähler gebunden seien. In der Versammlung des nationalliberalen Vereins waren Wünsche ausgesprochen worden, daß außer den hier wohnenden Candidaten, deren politische Stellung und Persönlichkeit hinlänglich bekannt sei und die auch bereits Gelegenheit hatte, sich auszusprechen, auch Herr Laster veranlaßt werde, zur Wählerschaft der Stadt zu sprechen, um so mehr, als man glaubte, daß gerade von ihm bei seiner hervorragenden Thätigkeit an den Arbeiten der parlamentarischen Vertretung eine unbefangene, gerechte und allseitig umfassende Darstellung der Tendenzen der Stellung und Thätigkeit der nationalliberalen Partei zu erwarten sei. Das Comité legte auf das persönliche Erscheinen desselben so großes Gewicht, daß es ihn ersuchte, hier zu erscheinen; ich habe den ehrenvollen Auftrag und die herzlichste Freude, ihm den Dank für sein Erscheinen auszusprechen und Ihnen denselben vorzustellen.

Herr Laster (lebhaft begrüßt): Die zahlreiche Versammlung ist eine durchaus erhebende Erscheinung inmitten der Tage, in denen man sich mit Recht über Ermüdung durch die Wahlen beschwert. Vier Mal seit 16 Monaten sind wir zum Wählen berufen gewesen und wenn es auch traurig ist, zu sehen, daß bei dem allgemeinen Wahlrecht selbst in seiner indirecten und vermittelten Form nicht mehr als 25 Prozent Theil nehmen und an einzelnen Stellen sogar nur 10 Prozent, so ist das doch leicht erklärlich. Uns aber darf es nicht entnervigen, uns, die wir uns mit Politik eingehender beschäftigen, als es vielleicht den größten Schichten des Volkes möglich, wir dürfen uns von der Arbeit nicht ermüden lassen. So oft wir gerufen werden, müssen wir erscheinen, immer mit voller Aufmerksamkeit, denn eine verlorene Wahl ist wie eine verlorene Schlacht nicht gleich wieder zu gewinnen. M. H., Sie die so zahlreich erschienen sind, und wir haben die Gemeinschaft des Interesses und ich meine, daß derjenige, welcher nicht bloß oberflächlich beobachtet, sondern gewohnt ist, über die Natur der Dinge tiefer nachzudenken, sich klar werden wird, daß in der That die vier Wahlen außergewöhnlicher Art sind. Man hört wohl und ich habe es auch gehört: Wozu soll ich noch zur Wahl gehen, es kommt doch nichts dabei heraus. Ja, m. H., diejenigen, welche meinen, daß durch Ausübung des politischen Rechtes ihnen gleich das Glück in den Topf hineinregnen wird, werden allerdings von den Wahlen nicht den Nutzen erlangen, den sie erwartet haben mögen. Wer aber weiß, wie die geschichtliche Arbeit sich vollzieht, welche Summe von Kräften wir aufzuwenden haben, ehe dem geliebten Vaterlande sein volles Recht wird, wird auch leicht beurtheilen können, wie viel Segen die drei Wahlen bereits gebracht haben und wie hoffentlich die vierte uns vorwärts bringen soll. M. H., Sie erinnern sich, unter welchen schweren Umständen wir zur ersten Wahl schritten, damals waren auf der einen Seite die Vorbereitungen zum Kriege sichtbar und auf der anderen Seite und namentlich im Westen ging eine Bewegung vor sich, welche sagte, wir brauchen Frieden um jeden Preis, der Bürger bedarf der ruhigen Zeit, um sich erheben zu können, gerade aus der Rheinprovinz kamen diese Stimmen und man hat damals vielleicht nicht ganz mit Unrecht diese Aeußerungen jenen Stimmungen zugelegt, welche überhaupt von einem Kriege gegen Oesterreich nichts wissen wollten.

Wiederum zu derselben Zeit sagten Viele trotz des Krieges und der drohenden Gefahr: Diesem Ministerium keinen Groschen Gelb! Wir befinden uns in einem schweren Verfassungslampfe und haben kein Vertrauen zu ihm, wir sind fest entschlossen, ihm unter allen Umständen die Mittel zum Kriege zu verweigern. Je weiter nach Osten und schon in Berlin brachen sich diese Stimmen, wir sagten: die Rettung des Vaterlandes ist die erste Pflicht; wohl ist es wahr, daß wir ein Ministerium, das so lange sich im Verfassungsbruch befindet, kein Geld zu bewilligen im Stande wären — zuvor muß die Verfassung hergestellt werden — doch wenn dann die Gefahr des Vaterlandes nahe tritt, so werden wir immer den Sattel offen haben. Weiter hin und gerade in Breslau war es, wo eine vortreffliche bewunderungswürdige Rede dem wahren Patriotismus den rechten Ausdruck gegeben hat und wo die Bürgerschaft ihre vollständige Uebereinstimmung mit dieser Ansicht ausdrückte und bekundete.

M. H.! Unter dem Eindruck der Wahlen wählten wir ganz natürlich nach verschiedenen Richtungen hin. Nach der einen Seite meinte man, es muß über Regierung Alles gewährt werden und man könne den wahren Patriotismus nicht besser beweisen, als wenn man conservativ wähle; die Mehrzahl hat nicht so gedacht, und es kam, obschon an dem Tage von Königsgrätz gewählt wurde, dennoch eine liberale Majorität zu Stande, allerdings eine knappe Mehrheit. Da kam innerhalb des Landtages der Rückschlag, schon in der Thronrede hatte die Regierung durch den Mund des Königs angekündigt, daß sie bereit sei, die verböhnende Hand zu reichen, und sie that es auch, indem sie das Indemnitätsgesetz vorlegte.

Bei diesem war es, wo die Stimmen der liberalen Partei zuerst auseinander gingen, damals sagten viele, nichts sei geschehen, um den Streit des Rechts zu beenden, wir beharren auf den alten Grundlagen und sind nicht bereit, Indemnität zu gewähren; dagegen sagten andere Stimmen und ich bekenne, nicht gerade der Rückhaltendste gewesen zu sein: nicht nur Gründe des Rechts fordern, daß die Indemnität gewährt werde, sondern auch der Vortheil, der immer mit dem Rechte der Freiheit Hand in Hand geht, und die politische Klugheit erfordere, daß die rechtlich angebotene Hand auch in diesem Sinne angenommen werde. Der Instinct des Volkes ist immer ein solcher, daß er, wenn auch verwirrt, im ersten Augenblicke und im Kampfe der Parteien, doch zuletzt das Rechte findet und sich dafür entscheidet, was billig ist. M. H., ich sage, es ist jetzt leicht zu reden und zu kritisiren, ob es besser, eiserner gewesen wäre, wenn wir die Indemnität verweigert hätten, daß aber sage ich mit Bestimmtheit, wären wir von dem Wege der Verzichtleistung abgewichen, hätten wir nicht Indemnität erteilt, wir wären sicher nicht wieder gewählt worden, glauben Sie, das Volk hätte uns verworfen. (Beifall.) Nicht bloß im Lande und in den Städten, sondern auch diejenigen, welche mit gewaffneter Hand gegenüber traten, wären die ersten gewesen, uns zu verlassen. Gerade in den großen Städten, in den fortschrittlichen Kreisen hätten uns diejenigen, die sich allein für billigkeit hielten und die da meinten, es sei dem Ministerium kein Groschen zu bewilligen, zugerufen: Ihr seid Verräther! Ihr begehrt Verrat am Vaterlande! M. H., mag man kritisiren, so viel man will, ich sage, das ist unzweifelhaft; wurde die Indemnität verweigert, so war es vielleicht auf ein ganzes Jahrzehnt zu Ende mit der liberalen Partei — und ein größeres Unglück kenne ich nicht. (Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, ich kann mich auf Autoritäten berufen, denen Sie gewiß beistimmen werden. Es war im Reichstage, wo bedeutende Mitglieder der Fortschrittspartei, z. B. Schulze sich darauf beriefen, daß die Indemnität gewählt worden sei und dies als ein Act der Klugheit darstellten, wie die Volkspartei zum Entgegenkommen bereit war. Ich glaube nun allerdings, daß die liberale Partei in allen ihren Schattirungen solidarisch verantwortlich ist; so beklagenswerth ein solcher Schritt ist, woher er auch kommen möge, so wünsche ich doch, daß ihre Beschlässe und deren wohlthätige Folgen nicht nur einer Fraktion, sondern der gesammten liberalen Partei angerechnet werden. (Lebhaftes Bravo.) Sie werden mich bei denen finden, welche knauserig abrechnen, was von da, was von dort kommt. (Sehr gut!) Durch die Indemnität war der Weg zur weiteren Entwicklung geslagen; auf der einen Seite sagte man, der Kampf müsse fortgesetzt werden, man könne nicht mit den historischen Traditionen der Partei brechen, sonst trete man die Rechte des Volkes mit Füßen; aber wenn die Regierung den Kampf aufgab, lag es da im Interesse der Partei den Kampf fortzuführen und hatten wir denn die Macht, dies gegen den Willen der Regierung zu thun? Keine Zeit hat mehr demokratisirt, keine war drückender, als wo der Ministerpräsident uns unsere Beschlässe zurückwies mit dem Bemerkten, er nehme sie nicht an; keine Zeit war gefährlicher für die Freiheit, als wo wir Budgets machten — und wir mußten sie machen —, von denen wir wußten, sie würden nie eine Wahrheit werden. Wenn je diese Zeit des Kampfes wiederkehren sollte, so wird uns die Regierung wieder auf demselben Platze finden, aber muthwillig würden wir einen solchen Kampf nie verlängern. (Bravo!)

Ich will keinen Stein auf diejenigen werfen, welche gemeint haben, die Indemnität verweigern zu müssen, als ob sie muthwillig den Conflict fortzuführen wollten, ich will keine Spur des Vorwurfs vorbringen gegen so verdiente Volkskämpfer, denn sie meinten aufrichtig, das Unglück des Vaterlandes liege hinter der Indemnität, wir aber sagten: wir erwarten nach der Verlehnung solche Tage für Preußen und Deutschland und wir würden das Recht des Volkes schlecht vertreten, wenn wir muthwillig den Kampf verlängerten. M. H., so dann kamen Fragen der verschiedensten Art und von jeder derselben hing die Zukunft Preußens, ja Deutschlands ab, die Annexion, das Reichswahlgesetz, die Anleihe für Kriegsbefürnisse. Es gab eine Anzahl von Männern, die sich ohne jede Vorberatung von selbst zusammenfanden, um

in diesen Fragen mit der Regierung zu stimmen, nachdem sie solche Amendements und Sicherheiten angebracht, daß das Volk mehr dabei gewann als zur Zeit des Streites. Ich bin bereit, über Einzelheiten Auskunft zu geben; ich will nicht wiederholen, was so oft gehört worden ist, und nur andeuten, daß wir bei der Anleihe für den Schluß des Staatsbudgets gefagt haben, daß mit den schwebenden Schulden kein Mißbrauch getrieben und daß die Ueberflüsse immer auf den nächsten Etat gebracht würden, daß ferner bei der Annexion keine Personalunion eintrete u. s. w. Auf der anderen Seite machte man gegen die Annexion den Einwand, daß durch sie das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Völkerräume nicht gefährdet, das Recht des Augensburgers nicht gebrochen werden dürfe; gegen solche Männer, welche so verblendet waren, die Annexion nicht gewähren zu wollen, traten Andere auf, wie z. B. Walbed. Wiederum aber, z. B. bei dem Reichswahlgesetz, behauptete Bichow, der Reichstag sei nichts weiter als eine neue Geldfabrik. Bei anderen Punkten waren einzelne dafür, andere dagegen; nur der eine Hauptbegriff — Sie kennen ihn ja alle — sagte stets sein unerschütterliches „Nein“. Dagegen fand sich eine Anzahl von Männern, wie ich schon erwähnt, welche ohne jegliche Vorbereitung ganz von selbst zusammentraten, welche auf der einen Seite alle diese Dinge für notwendig und unentbehrlich erklärten und für sie mit Ja zu stimmen, aber auch entschlossen waren, alle Sicherheiten für die Volksrechte zu erringen.

Nun frage mich Jemand, wie das gekommen. Ganz natürlich, wie die reife Frucht vom Baume fällt; denn es kommt für gewisse Fragen nicht auf alte Namen an, auch nicht auf Personen, sondern darauf, auf gemeinsamer Grundlage dem Vaterland zu dienen (Bravo!) und wenn irgendwo, so ist es im Parlamente notwendig, wo der Augenblick entscheidet, gerade wie im Kampfe ein verlорener Augenblick, ein langes Besinnen Nachtheile für Jahre und aber Jahre herbeiführen kann. Darum muß jeder gerüstet hinstreten und mit Freunden sich beraten über gemeinschaftliches Thun. Das ist noch keine Spaltung der Parteien, das ist nur ein Zusammenfinden derer, die zusammengehören und ein Zurücklassen derer, welche nicht denselben Weg gehen wollen.

M. H., als wir zur zweiten Wahl schritten, war der Hintergrund sehr dunkel; wir hatten nur von einzelnen Bestimmungen die Verfassung gehört und die waren nicht sehr ermutigend; da hieß es, die Beamten dürfen nicht gewählt werden; Sie wissen, das war nur ein Scherz, ich habe ihn nie angedeutet, als ob wir das für genommen und mir damals immer gesagt, die Regierung wird nicht den ersten Willen haben, ihre geliebten Landräthe fallen zu lassen; da aber auf der anderen Seite so bedeutende Kämpfer Beamte waren, so meinte man, es sei Ernst damit. Außerdem hieß es, es sollten Diäten nicht bewilligt werden; es wurden Bestimmungen bekannt, daß der Militäretat für ewige Zeiten festgesetzt werden sollte, das Militärgesetz sollte ein ewiges sein. M. H., mit dem Worte Ewigkeit ist ein stiller Mißbrauch getrieben worden, jedes Gesetz soll ein ewiges sein, das heißt nicht von Adam der bis auf die heutige Zeit dauern, sondern es wird nur vorläufig auf die unbestimmte Zeit festgesetzt, solche Gesetze werden oft nicht zwei Jahre alt, z. B. das Zinsgesetz, obwohl es beim Erlaß auch ein ewiges. Es hieß damals, es sollten für alle Zeiten für 300,000 Mann 225 Thaler pro Kopf bewilligt werden. Das war es, was wir von der Verfassung wußten, es waren offenbar keine Lichtseiten. Sodann war in denselben Tagen etwas vorgefallen, das einen Conflict mit dem Hause hervorrief, ich meine bei Bewilligung der Anleihe, weil wir da einen Kiesel vorgeschoben hatten, daß die Eisenbahnen nicht sollten verkauft werden, geknirscht dadurch, daß man uns die Köln-Mindener Bahn vor der Nase weg verkauft hatte.

Ich gehe es, ich war der Urheber und Verfolger des Conflicts, der sich nachträglich als sehr wohlthätig gezeigt hat für das Interesse des Vaterlandes; der Conflict wurde nicht principiell fortgesetzt, sondern wir wollten unser Recht schärfen und warten, bis die Gelegenheit kam, daß wir die Regierung in den Händen hatten. Es kam das Gesetz über die Redefreiheit und Sie erinnern sich der sehr erregten Rede des Herrn Ministerpräsidenten, aus welcher hervorging, daß er dieselbe nicht gestatten wolle. Das war der düstere Hintergrund, und dazu gab es noch ganz geschickte Maler, welche sagten, wir haben Alles vorausgesetzt, die ganze Verfassung ist nur gemacht, um eine Geldmaschine zu sein, das allgemeine Wahlrecht ist eine anscheinend demokratische Institution, aber Ihr wißt ja, wie es gemißbraucht werden kann, hebt nach Paris — es führt zu Militärdespotismus, zum Cäsarismus, es wird aus dem allgemeinen Stimmrecht ein Reichthum herbeigeholt, wie man ihn nie gesehen so schlecht und reactionär. Wir hatten dagegen nichts weiter als unsere felsenfeste Überzucht; die große Zeit, welche begründet wurde mit dem Blute unserer Brüder; das Preußen, welches sich losagte von dem reactionären Oesterreich, los von der Bureaucratie, dieses Preußen konnte nicht mehr einschlafen. Und wenn auch Alles gegen uns spräche, wir verlieren die Hoffnung nicht und was noch mehr ist, auch die Zukunfts nicht. (Bravo!) M. H.! So gingen wir zur zweiten Wahl, sie wurde uns nicht leicht; ich selbst wußte anfangs nicht, welche Mittel und Wege eingeschlagen werden sollten, um die Verfassung zu Stande zu bringen. Aber das wußte ich, wenn der Fall eingetreten wäre, daß die Verfassung nicht zu Stande gekommen, so wäre ich in meiner politischen Thätigkeit geknickt gewesen und mit mir die ganze liberale Partei. Ich wußte, wenn es nicht gelang, Deutschland parlamentarisch zu einigen, dann es allerdings eintreten konnte, was man mit Unrecht gesagt, daß der deutsche Staat auf den Spinnen der Bapannette aufgerichtet werden würde und das wäre sehr traurig gewesen.

M. H. Die Verfassung wurde uns vorgelegt, wir haben sehr schnell, daß sie einen ganz vortrefflichen Kern enthalte, man laschte aber uns und nannte uns spöttisch die „Überflüssigen“, die „Staatsmänner“ und die „Sachverständigen“, wir verloren den Muth nicht; wir sahen den guten Kern und setzten an, wo wir konnten, um nach allen Richtungen hin zu bessern. Inmitten des Kampfes waren wir eifrig mit allen Freunden zusammen, wir haben nicht geflöhentlich die vortrefflichen Seiten hervor, sondern mit großem Ernst und banger Besorgnis wiesen wir stets auf die Schäden hin, deshalb wurde auch von den Letzteren weit mehr gesprochen als von den Vorjüngern und das hat ungeheure Verwirrung hervorgerufen, aber nur auf kurze Zeit, denn alle Verwirrungen im politischen Leben sind dem richtigen Instincte des Volkes gegenüber nur von kurzer Dauer. Diese Regel kennen Sie Alle, besonders wenn Sie sich mit Geschichte beschäftigen: Nicht der Krieger ist der beste, der muthig ist, wenn er die Schlacht gewinnt, sondern der ist der verlässliche, der muthig bleibt, auch wenn eine Schlacht verloren ist (Bravo!) Wenn auch einzelne Bestimmungen gegen unsere Willen ausgefallen, wenn namentlich die Diäten nicht bewilligt worden sind, wenn eine verantwortliche Regierung trotz der großen Anstrengungen der National-liberalen hat hergestellt werden können, weil das Amendement v. Bennigsen gegen nur zwei Stimmen der beiden Volksvertreter Schrap und Bebel durchfiel, wenn selbst der Hülfsantrag über die Verantwortlichkeit fiel — in erster Linie hatte Bennigsen die Verantwortlichkeit der Chefs der Verwaltung beantragt — dieses Amendement hatte den Beifall der Fortgeschrittenen und der noch Fortgeschrittenen gefunden — so war das nicht unsere Schuld, es fehlten nur wenige Stimmen.

Mein Amendement, welches nach meiner Meinung unzweifelhaft Gesetz geworden wäre, wenn man es nicht zur Zeit für zu schwach befunden hätte, bestand darin, daß wir dem Bundespräsidium das Recht einräumten, Chefs nach Bedarf einzusetzen; denn ich sagte mir, es ist ganz unbillig, daß auf die Dauer der Bundeskanzler Alles auf sich nehmen kann; die Macht der Verhältnisse wird dahin drängen, daß Ministerien eingesetzt werden müssen und ich will die Gelegenheit dazu geben. Man stimmte dagegen, aber jetzt geben mir die Verhältnisse Recht. Leider fehlt jetzt eine Bestimmung, welche das Ministerium ermächtigt, besondere Ministerien einzusetzen; hätte man mein sogenanntes schwaches Amendement angenommen, so konnte der König jetzt so viel Minister einsetzen als er wollte und brauchte keinen Bundesrath und keine Menschen darum zu fragen, wir werden also darauf binarbeiten müssen, diese Lücke auszufüllen. Das heißt vorsichtig parlamentarisch zu Werke gehen; wird die erste Fassung erfüllt, so ziehe ich mich in die zweite zurück. Man muß nach den gegebenen Verhältnissen handeln und die Verhältnisse machen sich nicht von selbst, sondern müssen von den Menschen gemacht werden. Ich wollte durch diese Beispiele nur zeigen, wie in parlamentarischen Versammlungen verfahren werden muß. Zu Zeiten eines parlamentarischen Conflicts ist es möglich, jeden redlichen Mann in die Versammlung zu senden, denn man sagt: das Recht wahrzunehmen, dazu gehört nicht viel, das kann Jeder und das ist auch ganz richtig; was sollen da Männer mit Wissen und Thun, wo die Strafe einfach ist; in ungewöhnlichen Zeiten gilt es, sich Augenblicke entscheiden zu können, da hilft kein Treppenerstand. Hat ein Politiker aber einen Fehler gemacht, so hält es schwer, ihn dazu zu bewegen, einzugehen, daß er sich gerirt aus Wangel an Einsicht, er preist seinen Fehler als Festhalten am Princip, vor welchem die Einsicht sich zum Teufel scheren könne. (Bravo.)

Als die Grundrechte durchfielen (ich war einer von Denjenigen, der für den ersten Antrag auf Einbringung derselben gestimmt hat, ich hielt sie aber für eine unnebensüßige Frage), brachten wir den Antrag ein, es solle dem Reichstage gestattet werden, ein Minimum von Grundrechten zu garantiren. Da trat ein schlichter, redlicher Felsenmann auf, v. Bodum-Dolfs, und sagte: Behüte Gott, nehmt das Amendement nicht an, denn wenn Ihr das gebt, wird euch der Reichstag noch die wenigen Grundrechte entziehen, die Ihr habt. Nun, m. H., Herr v. Bodum-Dolfs hatte sich zur Zeit gerirt, er hatte einfach den Wortlaut meines Amendements nicht verstanden und er

stimmte mit einigen Freunden gegen dasselbe. Doch es fiel durch; der Mann, an dessen treuer Gesinnung und Felsenfestigkeit vom ersten Tage des vereinigten Landtages an bis heute nicht zu zweifeln ist, er hat ein kostbares Amendement zu Falle gebracht, das er im Augenblicke nicht faßte. M. H., es herrschte damals nicht das Mißtrauen, daß der Bundesrath über Nacht unsere schönen preussischen Grundrechte kastren könne; Sie erinnern sich noch eines viel verbreiteten Satzes, welches mir namentlich Schuld gab, ich hätte dieselben zu Grunde getragen, indem ich das Gesetz über Emancipation des Strafrechts zur Annahme gebracht. Ähnliches sagte man im Reichstage; was geschah nun in einer der letzten Sitzungen desselben? Es waren die entschiedensten Männer, welche dafür stimmten, daß der Reichstag sich einmischen solle in die Verfassungsangelegenheiten Mecklenburgs; da war es gerade die Rechte, welche nicht eingreifen wollte; und gerade die Entschiedensten der Entschiedensten, welche sich für competent hielten. Wo war da jenes Mißtrauen hin? Sie hatten dasselbe Vertrauen, welches wir drei Monate vorher hatten, und ich freue mich dessen. (Beifall und Pfiffen.) M. H., Sie haben keinen Grund, zu zischen; es trete Jeder hervor und sage, ob ich die Wahrheit gesagt oder nicht, oder ob ich auch nur färbte; ich bin zur Antwort stets bereit. Als die Grundrechte nicht angenommen und jenes Amendement durchgefallen war, sagten wir: es ist noch nichts verloren, haben wir sie die abstrakten Grundrechte, so wollen wir bei Gelegenheit sehen, ob wir sie nicht praktisch und wirksamer bekommen können. M. H. Ihre ich nicht, so ist vor wenigen Tagen von ganz anderer Seite gerührt worden, welche vortrefflichen Grundrechte wir gemacht haben.

M. H., es waren in folgenden Punkten namentlich die Mitglieder aus Altpreußen, welche schon mit dem Beschluß über die Diäten sehr unzufrieden, auch darüber erbittert waren, daß kleine Verantwortlichkeit der Minister erlangt sei; der kleine Grad von Verantwortlichkeit, den wir haben, ist durch die nationalliberale Partei erlangt worden — es ist übrigens im Grunde eines so wirksam wie das andere. Wenn auch dieses Prinzip nicht durchzuführen war, wollten wir doch den Kern festhalten, aus welchem sich später die Verantwortlichkeit entwickeln kann. Wir waren mit einigen Punkten selbst nicht zufrieden, aber zum Schluß sagten wir uns doch, so wie diese Verfassung ist, enthält sie trotz alledem den Kern für die Einheit Deutschlands; weil wir das ganze Werk für entwicklungsfähig hielten, gaben wir die Zustimmung. Man sagte uns dagegen mit einem gewissen Adeln: entwicklungsbedürftig ist eure Verfassung wohl, aber nicht entwicklungsfähig. M. H., bedenken Sie, es waren 4 Monate, seitdem dieses Wort ausgesprochen, bedenken Sie ferner, was ich bereits erwähnt, daß wir namentlich besonders eifrig waren im Aufdecken der Schäden der Verfassung, so werden Sie einräumen, daß man daraus Capital geschlagen und gesagt hat: Seht, die Verfassung taugt nichts, das geben selbst ihre besten Freunde zu, und als wir zur Wahl gingen, galt das Stichwort: Man müsse solche Männer wählen, welche die preussische Verfassung nicht antasten lassen. Damals wurde das Mißtrauen noch allgemein gepredigt; wir sagten dagegen: wir können zwar die Vortrefflichkeit nicht beweisen, aber wir sind fester Zuversicht. Damals sagte einer der hervorragendsten Fortschrittsmänner, das Herrenhaus habe doch wenigstens Patriotismus, aber von diesem Bundesrathe ist aus dieser nicht zu erwarten. Wir haben eine Session gehabt, die in ihren Resultaten einzig dastand, die in wenigen Wochen geistig war, alle Beschränkungen zu zerstreuen, alle schlimmen Vorhersagungen zurückzuweisen. Es zeigte sich das feste Gefüge, welches wir zum Heile Deutschlands geschaffen, in 7 Wochen ist Mehlendes noch nie gegeben (Beifall). Hat sich der Bundesrath schlechter bewiesen als das Herrenhaus? (Rufe: Nein, Nein!)

Eine der ersten Fragen, die ich zur Entscheidung brachte, lag im Zinsgesetz und ich sagte damals: nicht bloß aus volkswirtschaftlichen Rücksichten bringe ich es ein, sondern dasselbe soll ein politisches Denkmal sein; Deutschland soll wissen, daß gute Gesetze nicht mehr durch ein Herrenhaus verhindert werden können. Nun, meine Herren, hat der Bundesrath im Wege gestanden? Oder sind Sie der Meinung, daß plötzlich das Herrenhaus ebenso willig zugestimmt haben würde, nachdem das Gesetz um so vieles verbessert worden, was früher mit Rücksicht auf das Herrenhaus weggelassen war? Daran sollte ein sichtbares Zeichen für alle Zeiten gegeben werden, daß ein directes Verhandeln mit den Regierungen viel besser ist, als in der Mitte das weiche Kissen der Interessenvertretung und des Kleinmuths. (Bravo!) Meine Herren, geben Sie alle Gesetze durch, ich habe nicht nöthig, das Einsigne daran Ihnen zu rühmen, es hat dies bereits Jemand gethan, dem in Breslau Alle glauben, ich will auch keine Auseinandersetzung geben, wer sich da über dort verdient gemacht hat; ich habe auch nicht Zeit, vor Ihnen einen vorläufigen Streit in irgend welcher Weise abzuwickeln zu wollen, das gegen sich mehr vor einer so hochachtbaren noch vor irgend einer parlamentarischen Versammlung. Die Sache soll für sich selbst reden und ich nur über die Sache. — Das Erste, was uns tegegnete, war, daß von einer Seite die Artzelle nicht angenommen wurde; ob dies patriotisch war, darüber kann man verschiedener Meinung sein, und ich schlage es nicht hoch an. Als wir an das Budget kamen, da geschah es, daß der Versuch gemacht wurde, das Bundeskanzleramt zu zerbrechen. Sie wissen, was das bedeutet haben würde; man erkannte die Verfassung praktisch an, gab ihr aber nicht die Mittel wirksam zu werden. Wir konnten nun und nimmermehr auf so etwas eingehen. Wir sagten, es wird sich schon herausstellen, was der Bundeskanzler zu thun hat. Ich muß mit großer Freude bekennen, daß die Gegner bei zweiter Lesung sich corrigirt und dafür gestimmt haben. Wäre unglücklicherweise für den Gegenstand Schlussberatung beliebt worden, und hätten dann dieselben Männer zu gestimmt, wie sie gestimmt haben, so war der Schaden, so weit unsere Macht geht, unwiederbringlich; ich führe dies nur als Beweis an, wie wenig tauglich oft Schlussberatungen sind.

Damit fällt der Vorwurf, wir hätten abweichend von liberalen Grundgesetzen für das Bundeskanzleramt gestimmt. Für uns war es gleichgültig, von welcher Seite die guten Anträge kamen; die Anträge, die wir gemeint haben, unterstützen und durchbringen zu können, haben wir unterstützt. Als bei den Verträgen mit den kleinen Staaten der vollständig constitutionelle Antrag an die Regierung gestellt wurde, dieselben vorzulegen, wurde zuerst gegen den Antrag und auch gegen das Wort „vertragsmäßig“ gestimmt, es hat uns das sehr schmerzlich berührt, aber wir haben doch für den Antrag gestimmt, weil es uns der jetzt allein mögliche und zuträglichste schien. Ich selbst, ich kann sagen, was ich noch nie gesagt habe, ging damit um und war schon mit meinen Freunden beschäftigt, ein Gesetz gegen die Coalitionsverbote einzubringen; als ich hörte, daß Schulze-Delitzsch dasselbe thun wollte, hielt ich zurück; es war mir erfreulich, von vorher das Gesetz eingebracht zu sehen; ist als ich sah, daß es in dieser Form nimmermehr durchgehen werde, war ich es und die Mitglieder meiner Partei, welche durch tagelange Verhandlungen und Redactionen bemüht waren, solche Amendements zu Stande zu bringen, welche das Gesetz annehmbar machten, und so kam dasselbe zu Stande. (Bravo!) M. H., das das Freiheitsgesetz uns vorgelegt wurde, war ich es, der mit der größten Entschiedenheit das Gesetz verteidigt hat — ein Gesetz, das für das erste deutsche mehr politisch ausgearbeitet werden dürfte, der Grund, daß kein Gesetz so hoch, wie irgend eins der bedeutendsten, und wäre selbst die Pressefreiheit; denn erst muß die Person frei sein und dann ihre Thaten. (Bravo!) Als dann in der Versammlung noch zu einer weiteren Sicherheit beantragt und gesagt wurde, daß auch Einzelgesetze, die möglicherweise noch erlassen werden müßten, da sagte man, sowohl rechts als links, das sei überflüssig, das stände schon im Gesetz; da war ich es, welcher entgegnete: Ihr könnt nicht vorsichtig genug sein auch in scheinbar Uebereinstimmung; ich bitte dringend, das Amendement anzunehmen.

Ebenso ging es bei dem Gesetz gegen Verletzung des Briefgeheimnisses, auch da waren wir es, welche mit Wärme dafür eintraten und die Gelegenheit ergriffen, da die Regierung das Volksgesetz brauchte, durch ein Amendement ein Grundrecht zu erlangen. Hier war es auch, wo man uns sagte: haltet ein, Ihr könntet das ganze Gesetz zu Falle bringen — da war ich es wieder, welcher dem entgegentrat und sagte: wir verbiten uns diese Drohungen, wir wollen frei beraten. (Bravo!) Und, m. H., wir hatten richtig gerechnet und auf das richtige Rechnen kommt es eben an. (Bravo!) Amendements kann man zu Duzenden machen, aber die Voraussetzung, daß das eine annehmbar, das andere vermuthlich nicht annehmbar, ist das eine scheinbar von größerer Bedeutung, das andere von geringerer ist, das ist parlamentarische Vorsicht. Ein anderes Blatt hat uns vorgeworfen: Seht! Ihr habt so viel durchgelesen; statt des Dankes aber, obwohl ein öffentlicher Mann nach ihm niemals streben soll, sagt es hinzu: Seht! wie Ihr gesündigt habt, Ihr hättet noch viel mehr durchgehen können. Das erinnert mich an den Mann, der vortheilhaft verkauft hatte, und dem seine Frau den Vorwurf machte, daß er noch viel mehr hätte fordern können. Wenn aber die Regierung weiß, daß die Volksvertretung selbst Maß hält und nur Billiges verlangt, dann ist auch ihr Wille ein besserer; sie wird durch die Macht der Ereignisse gedrängt, zu bewilligen, und das ist besser als eine Niederlage; eine Niederlage in der Logik der ersten Forderungen ist zugleich eine Niederlage der späteren. M. H.! Wir haben das Ausweisungsverbot mit allen möglichen Vorsichtsmahregeln in das Gesetz über die Freiheitsrechte aufgenommen, denn wir sagten uns, dieses Gesetz ist reif, es darf kein Mißbrauch mehr getrieben werden. Es ist ein Gesetz, dem keine Regierung Widerstand leisten kann.

An demselben Tage, an dem ich die Drohungen der Regierung zurückgewiesen und zwar mit dem vollen Bewußtsein, daß die Regierung nicht mehr

